

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Geschenkt jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreeußischen Postanstalten 7½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenthal, 27, 4½ Sgr. Zeitsatz die Zeile 3 Sgr.

Hiermit berannabenden Ende des Vierteljahrs erzuchen wir unsere Leser um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, damit sie das Blatt ohne Unterbrechung regelmäßig vorterhalten. Gleichzeitig erzuchen wir unsere Leser, durch größtmögliche Verbreitung unseres Blattes demselben ihre Unterstützung zukommen zu lassen.

Neber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes bitten wir, bei dem betreffenden Spediteur oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da wir von hier aus unser Blatt regelmäßig an jedem Donnerstag mit den Abendzügen versenden, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Sollte, trotz unseres Bemühens, in feiner Weise gegen eine gesetzliche Bestimmung zu fehlen, doch einmal durch eine Beschlagnahme unseres Blattes eine Unregelmäßigkeit in der Versendung eintreten, so werden, davon sind wir überzeugt, unsere Leser diese Unregelmäßigkeit uns nicht zur Last legen, sondern uns ihr Wohlwollen nach wie vor erhalten.

Die Reaktion.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ jagt ihren Lesern in's Gesicht, es sei ein bloßer „Wahn“, daß jetzt eine traurige Zeit für Preußen sei. Ungeachtet der budgetlosen Verwaltung, so schreibt sie, habe die Regierung es doch zu Wege gebracht, daß das Volk die jetzige Zeit ganz und gar nicht mehr für eine „traurige“ ansiehe.

— Mit solchen und ähnlichen Nebensätzen will sie natürlich diesem oder jenem hohen Gönnern weis machen, daß das preußische Volk wohl seine besondere Freude an dem jetzigen Zustande hat, und daß nur die Regierung, aber nicht das Volk, es für einen „belagerten Zustand“ ansieht, daß das, von der Verfassung unbedingt gebotene, Gesetz über den Staatshaushalt auch in der bevorstehenden Sitzung unserer Volksvertretung, wie die „Prov.-Korr.“ voraus sieht, nicht zu Stande kommen wird.

Indes wäre es doch möglich, daß die Herren von der „Prov.-Korr.“ selbst an daß glauben, was sie schreiben oder schreiben lassen. Dann läßt sich mit ihnen nicht streiten, aber es kann doch noch immer Ohren im Lande geben, denen das Gerede der „Prov.-Korr.“ wie eine Stimme der Wahrschheit klingt, und die sich einreden lassen, daß die Worte, die aus dem Volke kommen, weiter nichts sind, als ein bloßes schreckhaftes Märchen.

Trotz alle dem glauben wir der „Prov.-Korr.“ herz-

lich gern, daß die Regierung nicht „guten Muthe“ dem Landtage entgegen geht. Auch haben wir niemals behauptet, daß die Regierung es ist, welche „einen Erfolg schon in der Fortführung der sogenannten bußgeldeten Verwaltung finde“. Wohl aber lacht die Reaktion sich darüber in's Häufchen. Und nicht blos in's Häufchen. Nein, sie hat es offen und laut in ihren Blättern verkündet, daß das Nichtzuverdienstkommen des verfassungsmäßigen Staatshaushaltsgesetzes gerade ihr Sieg ist, und daß jetzt ihre Sache triumphieren wird. Diese Reaktion hat sich seit fast vier Jahren selbst zur eifrigsten Vorlämpferin der Regierung aufgeworfen; sie hat behauptet, daß sie dem Könige mit der unbedingtesten Treue und mit der tiefsten Unterschürlichkeit diente, und dabei hat sie unlängst, wie wir vor acht Tagen zeigten, die unverschämte Prahlerei sich erlaubt, daß sie der Krone jetzt die Macht genommen habe, sich und das Land jemals wieder von der „konservativen“ Majorität des Herrenhauses frei zu machen. Gest, behauptete sie, könne nur noch die „Revolution“ diese Majorität in eine freisinnige und volksfürthmliche umwandeln. Daher halten wir es für Pflicht, mit dieser Reaktion endlich einmal deutsch zu reden.

Reaktion ist kein Name, den etwa wir unseren Gegnern beigelegt hätten. Nein, diese Herren selbst nennen sich Reaktionäre und sie rühmen sich, daß sie

mit allen Kräften an einer recht gründlichen Reaktion arbeiten. — „Reaktion“ aber ist ein lateinisches Wort „retrahere“, „zurückziehen, zurückführen.“ Ein politischer Reaktionär ist also derjenige, der den gegenwärtigen Staat in einen früheren, nicht mehr vorhandenen Zustand wieder zurücktreiben und zurückdrängen will.

Wir fragen: wie weit will uns denn die Reaktion zurückdrängen?

Sie will nicht das ganze Alte, sondern sie beabsichtigt auch eine Neuerung, nämlich die, daß die oberste Herrschaft über den ganzen Staat nur dem Scheine nach in die alten Hände zurückkehre, in der Wirklichkeit aber an die reaktionären Herren selbst übergehen soll.

Zuerst also möchte die Reaktion den preußischen Staat scheinbar in denselben Zustand zurückbringen, in welchem er sich vor dem März 1848 befunden hat. Natürlich ist sie viel zu blind, um zu sehen, daß eben aus diesem Zustande damals alle die Dinge hervorgegangen sind, über welche sie selbst gerade am meisten sich bestagt. Der König sagt sie, soll wieder „herrschen und regieren“ gerade wie damals. Er soll völlig unumstrickt sein; seine Verfassung und sein Recht des Volkes soll ihm im Wege stehen. Er soll nicht nötig haben, auf irgend wen im Lande zu hören, als einzig und allein auf die Stimme derjenigen Rathgeber, die er selbst nach seinem absoluten Belieben sich gewählt hat, und die er eben so nach absolutem Belieben wieder entlassen kann. Seine Rathgeber, seine Minister sollen seinem Richter, seiner Volkswertsetzung und überhaupt seinem Menschen in der Welt verantwortlich sein, als ihm ganz allein. Das Volk soll eben so wenig wie damals das Recht haben, seinen Willen, seine Wünsche, seine Meinung durch den Mund seiner Vertreter auszusprechen. Wir sollen auch nicht mehr das Recht haben, in Vereinen und Versammlungen über unsere eigenen Angelegenheiten zu sprechen. Wir sollen auch in Zeitungen und Büchern nichts Anderes mehr lesen dürfen, als was die von den Ministern eingefesteten Beamten zu drucken erlauben. Ja, der König selbst soll, wo möglich, gar nichts Anderes aus dem Lande zu hören bekommen, als was seine Minister und Rathgeber und die Herren vom Hofe ihm erzählen. Dabei soll Alles, was der König nach Aufführung seiner Räthe befiehlt, ohne Weiteres Gesetz sein. Der Bürger und Bauer soll nichts zu thun haben, als stumm und blind zu gehorchen. Er soll bezahlen, was nach dem bleichen Gutdünken der Minister ihm an Steuern und Abgaben auferlegt wird; und sein jüner erworbenes Geld soll ausgezogen werden, ohne daß er einmal zu hören bekommt, wofür und wozu.

Das sieht nun freilich so aus, als ob die Herren von der Reaktion die Absicht hätten, ganz eben so willenslose Unterthanen zu werden, wie wir es sein sollen. Aber daran denken sie nicht im Entfernen. Im Gegenteil, sie denken, daß die alte absolute Monarchie nur den Namen nach wieder hergestellt zu werden

braucht, und sie hoffen dann so fest bei Hofe zu sitzen, daß sie das Ohr des Königs ganz allein für sich haben. „Weß diong, kenck ne“, wie oann gar nikt anoers können, als Leute aus ihrer Witte zu seinem Minister zu machen, und immer so zu regieren, wie sie es gerade wünschen und unter Umständen verlangen. Sie hoffen, daß sie selbst dann die Herren im Lande über uns Alle sehn werden.

Das wäre dann der Rückschritt bis vor 1848. Aber es wäre auch nur der erste, denn noch ein zweiter folgen muß, wenn sie ihr Ziel ganz erreichen wollen.

Der zweite Rückschritt soll bis vor 1807 zurückgehen, und damit sie den machen können, soll gerade die wiederhergestellte absolute Monarchie ihnen die Zügel des Staates in die Hände geben. Alle die schönen und vortrefflichen Einrichtungen, welche wir von 1807 bis 1813 besonders den großen Staatsmännern Stein und Scharnhorst verdanken, sollen von Grund aus umgestoßen werden, so weit sie nämlich sich irgend noch umstoßen lassen. Die Rittergüter sollen wieder ausschließlich, so weit es geht, in die Hände des Adels kommen. Der Bauer soll wieder in die alte Unfreiheit zurückfallen; er soll dem Gutsbesitzer wieder zu den alten Diensten verpflichtet werden, so weit dieselben heut zu Tage noch zu gebrauchen sind. Er soll wieder, wie damals, seinen Hof nur verkaufen und erwerben, seine Söhne und Töchter nur verheirathen können, wenn es der Gutsbesitzer erlaubt. Auch soll der Bauer es sich ruhig gefallen lassen, wenn die Jagd des gnädigen Herrn wieder über seine Felder geht, und das Wild seine Saaten und seine Ernten zerstört. Auch der Bürger soll wieder Laffen tragen, von denen der Edelmann frei ist, und der Handwerker soll wieder in die alten Bünde gewangt werden, damit er nicht übermächtig und damit er wieder eben so arm werde, wie fast alle Handwerkäleute es vor sechzig Jahren waren.

Das und noch gar manches Andere, besondere was Schule und Kirche betrifft, haben die Herren von der Reaktion im Sinne; und das nennen sie mit heuchlerischem Munde „Gottes Ordnung“, zu der das zukünftige Bürger- und Bauernvolk zurückgebracht werden müsse.

Allen diesen Plänen steht freilich eine gar ernste und heilige Sache im Wege. Das sind alle die Eide, welche der König und alle Beamte, alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses auf die Verfassung geschworen haben.

Aber gerade gegen diese Eide richtet die Reaktion ihre giftigsten Peile. Mit der größten Verdrehung der Worte und den Thatsachen hat sie seit Jahr und Tag zu beweisen gesucht, daß durch den Eid auf die Verfassung eigentlich Niemand gebunden, Niemand zu irgend etwas verpflichtet sei. Noch ganz vor Kurzem hat diejenige unter den reaktionären Zeitschriften, die gerade für die vornehmsten Leser bestimmt ist, nämlich die „Berliner Revue“, die namenlose Freiheit gehabt, zu behaupten, daß die beschworene Verfassung ein Ding sei, das eigentlich gar nicht mehr

existire, und weil sie nicht existire, so könne sie auch beim besten Willen von Niemandem mehr gehalten werden. Der König, sagt sie, ist also vollkommen berechtigt, „die Verfassungsurkunde sofort zusammen und bei Seite zu legen“, bis sie, was natürlich nie geschehen wird, einmal wieder von selbst zum Leben erwacht.

Darauf ist nichts zu erwidern, denn man muß annehmen, daß solche Worte doch nur in den Wind gesprochen sind.

Politische Wochenschau.

Bremen. Wenn man von allen Gerüchten, welche ohne Gewisheit ihrer Richtigkeit in der Luft herumwirren, absieht, so ist eigentlich aus der vergangenen Woche sehr wenig politisch Wichtiges zu melden. Im Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage scheint es allerdings, als ob die Aufnahme der Verhandlungen zur Herstellung eines Definitiviums bevorstehe, doch zeigt sich ziemlich deutlich, daß die Ansichten der preußischen und österreichischen Regierung so weit auseinanderseien, daß nicht wohl ein holdiges Ende der Verhandlungen abzusehen ist. Österreich hat jetzt endlich mit schweren Opfern wieder einiges Geld in seine Kassen bekommen, und es zeigt in Folge dieser gar keine Neigung, auf die Idee eines Verkaufes seiner Rechte auf Schleswig-Holstein einzugehen. Es bemerken ist, daß der Großherzog von Oldenburg seinen Ansprüchen auf den Thron von Schleswig-Holstein entagt haben soll; wie er heißt, zu diesem Entschluß gelangt, weil er die Schuldenlast, welche dem neuen Reich ausgelegt werden soll (etwa 30 Millionen Thlr. Kriegskosten und ein ebenso großer Anteil an der dänischen Staatschuld), für zu groß hält; wie glauben aber, daß Hauptmotiv seiner Ablehnung ist der Umstand, daß er eingesehen hat, es werde ihm nicht gelingen, seine Ansprüche zu begründen.

Am 3. d. M. sind die Provinzial-Landtage zusammengetreten. Von Seiten der Regierung ist ihnen eine Vorlage gewichtet worden über die Aufbringung der Grundsteuer-Beranlagungs-Kosten, die von den Provinzen an die Staatskasse zurückgezahlt werden sollen. Es treffen hieron auf die Provinz Brandenburg 1,048,939 Thlr., auf die Provinz Sachsen 1,236,012 Thlr., auf die Provinz Schlesien 1,432,033 Thaler, auf die Rheinprovinz 842,114 Thaler, Pommern 662,440 Thaler, Preußen 1,095,709 Thaler, Westfalen 186,203 Thaler. — Wie unsere Leser sich erinnern werden, hat das Abgeordnetenhaus auf den Auftrag des Abg. v. Benda beschlossen, daß diese Kosten nicht von den einzelnen Provinzen zu überstehen werden sollen, sondern daß sie auf den Staatschatz übernommen werden sollten.

Schleswig. Die Behörden schließen einen Verein nach dem andern, sie verbieten die Aufhängung der Bilder des Herzogs Briedrich von Augustenburg, und seiner Gemahlin, sie verbieten mehrere in Holstein erscheinende Zeitungen, welche offen die Augustenburgische Fahne festhalten, alles das sollen Beweise sein, wie wenig Aufhang diese Partei in Schleswig hat. Merkwürdig ist, daß das Volk so thöricht ist, daß es aus solchem Vorgehen gerade zu der entgegengesetzten Ansicht kommt.

Holstein. Der österreichische Statthalter hat bei verschiedenen Gelegenheiten seine Meinung dahin ausgesprochen, daß er nicht genommen sei, irgendwie in die politischen Angelegenheiten des Herzogthums gewollt einzugreifen. So hat er in Wilster dem versammelten Volke gesagt: Ich

werde nach wie vor an den in der Proklamation beim Antritt meiner provisorischen Regierung ausgeschriebenen Grundsägen festhalten, ich werde stets die geistigen und materiellen Interessen der Einwohner des Herzogthums Holstein, sowie die bestehenden Landesgesetze beachten, damit kein Holsteiner bei meinem eventuellen Regieren von hier sagen kann, ich habe rechtlos regiert. Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren¹, und den Geistlichen in Elmshorn hat er gesagt, ihre Aufgabe sei es, der Bevölkerung in der augenblicklich so schwierigen Lage Mut und Zuversicht einzubringen. Er gebente, fügte er hinzu, das Land als ehrlicher Mann zu verlassen.

Raßau. Vor einigen Tagen fand in der Ständeversammlung bei Gelegenheit der Frage über die Bewilligung einiger Stipendien für Studirende der katholischen Theologie eine interessante Debatte statt. Die Mehrheit des Ausschusses hatte beantragt, die geforderten Stipendien für katholische Theologen, welche in der Anstalt des Bischofs Ketteler zu Mainz vergeblich werden, nicht zu bewilligen. Hierüber entstand eine lebhafte Debatte. Der Stellvertreter des katholischen Bischofs zu Limburg sah sich veranlaßt, den Beschluß des frankfurter Parlaments, welcher die Aushebung eines geistlichen Ordens bewillte, lächerlich zu machen; der Abg. Dr. Siebert diente ihm mit folgenden Worten: „Wer Alem. mutz es nicht Wunder nehmen, daß der Herr Stellvertreter des geistlichen Ordens nicht genannt hat, dem jener Beschluß des frankfurter Parlaments gegolten. Er galt der Auswirkung der Jesuiten, jenes gemein schädlichen aller Institute, (Burst Seitens der Klerikalen: Stein, es handelt sich um die Vigorianer und Redemptoristen!) Abg. Siebert (vertiefert): Meine Herren, nennen Sie die Ordensleute Jesuiten oder Vigorianer. Es ist bekannt, daß die Jesuiten sich unter verschiedenen Namen und in verschiedenen Brüchen mit langen und mit kurzen Nöcken da einschmuggeln, wo man sie verdrängt hat (Heiterkeit). Der Parlamentsbeschluß galt also den Jesuiten, und das ganze gesetzte Zeitalter ruft jenem Beschuße „Bravo“ zu. Mit sicherem Takte hatte das Parlament die Art an die Burgel alles Uebels gelegt. Es hatte erkannt, daß die jesuitischen Bestrebungen denjenigen Zielen feindlich gegenüberstanden, welche auf die Einheit und Freiheit Deutschlands gerichtet waren; und wenn in unseren Tagen wiederum ein deutsches Parlament über die Geschichte des Vaterlands zu entscheiden berufen sein wird, so wird es jenen Beschluß des ersten Parlaments sicherlich gutheißen. (Beifall links, Wider spruch rechts.)“ Reden wir die Herren von der Jenisse nicht von den Zuständen in Amerika, denn sie bekämpfen ja täglich die bürgerliche Freiheit, welche in Amerika ihre Triumphe feiert. Helfen Sie (zur Rechten) uns Zustände schaffen, wie sie in Amerika bestehen, wir werden uns über die Erfolge der Hierarchie und des Jesuitismus beschäftigen können. Gerade diese Geist ist es, welcher in der „Kettlerischen“ Anstalt geprägt werden soll; es ist nicht der Geist, welcher auf unjeren deutschen Hochschulen waltet, nicht der Geist der wissenschaftlichen Forschung den wir mit Stolz den deutschen nennen, sondern der Geist, der aus der Cyclopaedia und dem Syllabus spricht, nicht der edle christliche, humane Geist der Bildung und Liebe, sondern der Geist des Hasses und der Unterdrückung. (Bravo) Es wäre selbstmordartig, wenn wir aus Landesmitteln die Waffen schmieden wollten, welche gebraucht werden sollen, nicht um katholische Lehre und Sitten zu vertheidigen, sondern um die bürgerliche Freiheit zu vernichten.“ (Anhaltender Beifall in der Versammlung und unter den Zuhörern.) — Die Anforderung wurde nach längeren Debatten gestrichen.

Im Klub.

(Ein Gespräch.)

Personen: Kommerzienrat Schnappmeier, Geheimrath
Wichtigmeier, Rittmeister v. Schmeier.

(In einem schön ausgestatteten Zimmer sitzen an einem Tisch, auf dem sich Reste eines Dinners und mehrere theils volle, theils geleerte Flaschen Champagner befinden, Kommerzienrat Schnappmeier und Geheimrath Wichtigmeier.)

Kommerzienrat Schnappmeier. Haben Sie schon gelesen, Herr Geheimrath, daß man es wagt, von der Regierung zu sagen: „Sie sehe der nächsten Kammerfession nicht guten Muthes entgegen.“

Geheimrath Wichtigmeier. Nein. Was Sie mir sagen, ist ja ganz unerhört! Diekleraten sind doch ein verwegenes Volk. Man hätte glauben sollen, daß sie durch die vielen Verurtheilungen in Folge der strengen Handhabung des Preßgesetzes eingeschüchtert seyn würden. Aber nein: in immer neuen Wendungen wagen sie es, unser herzliches Ministerium anzugreifen. Diese Menschen gleichen wahrlich den Fliegen, welche so oft man sie auch mit gewaltigem Schlag von der Nase weggeschwärmt, sich doch stets von neuem auf dieselbe Stelle legen. — Es ist kaum glaublich! Wie nicht guten Muthes soll unjre tapfere Regierung der nächsten Kammerfession entgegenstehen? Was kann damit gemeint sein? — Offenbar zielt das auf den Vertrag mit der Köln-Mindener Bahn. Vah! was will die Kammer dagegen thun? Wenn sie auch den Vertrag für unverbindlich für den Staat erklärt, die dreizehn Millionen haben wir in der Tasche und kein Kammerdeßschluß kann sie daraus entfernen.

Kommerzienrat Schnappmeier (bedenklich). Verzeihen Sie eine Frage, Herr Geheimrath. Glauben Sie wirklich, daß das Abgeordnetenhaus so weit gehen könnte, den Vertrag für ungültig zu erklären?

Geheimrath Wichtigmeier. Das halte ich allerdings für sehr wahrscheinlich, aber mein Sie ganz ruhig, die Regierung wird durch solch eine Ungültigkeitserklärung gewiß nicht erschüttert werden, da sie die Hauptfaute, das Geld, schon eingestrichen hat.

Kommerzienrat Schnappmeier. Sie erschrecken mich! ich habe nie an diese Möglichkeit gedacht. — Für die gegenwärtige Regierung mag die Sache allerdings nicht besorglich sein. Die Kammer hat keinen Exekutor, durch welchen sie dem Ministerium die dreizehn Millionen abnehmen lassen kann; aber denken Sie doch an die Zukunft! Welche Versüste können für die Aktionäre der Köln-Mindener Bahn aus einer Ungültigkeitserklärung des ganzen Geschäfts entspringen! Wie alle möglichen Dinge wird auch das Ministerium Bismarck einmal sein Ende finden. Wenn dann die liberale Partei an's Ruder kommt und den früheren Beschuß zur Ausführung bringt, indem sie die Köln-Mindener Aktien zwangswise zum Kennwerthe ankaufst! Schauten doch die Männer dieser Partei schon jetzt einstimig, daß die Regierung allein nicht berechtigt gewesen wäre, dieses gefährlich gestellte Recht des Staates zu verkaufen. Bedenken Sie doch, was dann aus den Aktionären werden soll, welche dieses Recht der Regierung für baare dreizehn Millionen und unter Aufgabe anderer wichtiger Rechte abgekauft haben! — Sagen Sie mir doch aufdringlich Ihre Meinung. War die Regierung wirklich nicht befugt zum Abschluß des Vertrages?

Geheimrath Wichtigmeier. Nun, nun! mein Sie nur nicht gleich so aufdringlich! — Wir sind ja unter uns und so darf ich Ihnen wohl sagen, daß man allerdings bisher immer angenommen hat, ein Gesetz könne nur durch ein Ge-

setz aufgehoben werden. Es kann auch nicht wohl gelehnt werden, daß jenes Ankaufsrecht der Köln-Mindener Bahn durch ein Gesetz festgestellt worden ist. Es ist daher gar nicht unmöglich, daß das im Januar zusammenstehende Abgeordnetenhaus, hierauf fußend, in seiner Oppositionswoche den Vertrag für unverbindlich für den Staat erklärt. — Insofern als bis zur Ausführung dieses Beschlusses, in der von Ihnen befürchteten Art, wird noch viel Wasser über die Erde laufen und noch manches aus dem Gedächtnis der Menschen herausspülen. Zwischenzeitlich ziehn Sie Jahr für Jahr eine immer fester werdende Dividende aus Ihren Köln-Mindern und kommt es ja einmal schlimm, so haben Sie ja Ihre Verbindungen, durch welche Sie zeitig genug Wind bekommen, so daß Sie Ihre Aktien noch vor dem Ausbruch des Unwetters verlaufen können. (Der Kommerzienrat schüttet ihm herzlich die Hand. In dem Augenblick tritt der Rittmeister v. Schmeier grüßend in das Zimmer.)

Geheimrath Wichtigmeier (fortfahren). Doch wir sind von dem Ausgangspunkt unseres Gespräches abgekommen. In welchem Schandblatt haben Sie, mein werther Herr Kommerzienrat, denn die freche Behauptung gelesen, daß die Regierung der nächsten Kammerfession nicht guten Muthes entgegenstehe? Ich finde, daß die Unverschämtheit der liberalen Presse, trotz der vielen Verurtheilungen, täglich größer wird. Unter solchen Umständen ist es Pflicht eines jeden treuen Beamten, nach Kräften die Behörden zu unterstützen, welche zur Verfolgung der Preßverbrechen angefeilt sind. Welches Blatt war es also, in dem Sie jenen Satz gelesen, ich möchte gern meinen Freund den Staatsanwalt Gangmeier darauf aufmerksam machen.

Kommerzienrat Schnappmeier. Ich muß sehr bedauern, Ihre Frage nicht beantworten zu können; als meine Augen auf jenen Satz fielen, war ich so entsetzt, daß ich das Blatt sofort bei Seite warf, ohne auch nur eine Zeile weiter zu lesen und nach dem Titel dieser rüstlosen Zeitung zu sehen. Nur so viel weiß ich mich zu erinnern, daß jene Worte das Ende eines Aufjahres bilden.

Rittmeister v. Schmeier (an den Tisch tretend). Ich bitte die Herren, es nicht übel zu nehmen, wenn ich mich in ihr Gespräch mische; aber ich bin im Stande einen Beitrag einzufädeln. Die von dem Herrn Kommerzienrat angeführten Worte bilden allerdings das Ende eines längeren Artikels. Derfelbe steht aber in keinem Schandblatt, sondern in unserer treiflichen Provinzialpostcorrespondenz und es wird in jenem sehr guten Artikel die Kammer bereits im Vorrasse läufig abgetrumpft. Unser verehrter Herr Kommerzienrat hätte sich von seinem patriotischen Eifer nicht so fortreissen lassen und den Satz zu Ende lesen sollen, da würde er gefunden haben, daß jene ihm so anstoßige Stelle einen ganz anderen Sinn hat. Im Zusammenhang lautet er, wie ich mich noch genau erinnere, also: „Die Regierung sieht dem bevorstehenden Zusammentreffen des Landtages nicht guten Muthes, aber mit gutem Gewissen entgegen.“

Geheimrath Wichtigmeier. So, das ist allerdings etwas ganz Anderes. Herr Kommerzienrat, ich begreife es gar nicht, wie Sie so unaufmerksam lesen können! (Der Kommerzienrat blinks beschämmt nieder, der Geheimrath aber sieht sich freundlich um, fällt drei Gläser, erhebt sich und fährt also fort): Stehen Sie an, meine Herren:

„Es lebe das gute Gewissen unseres verehrten Ministeriums Bismarck!“

Alle drei (mit einander anstoßend) Hoch! Hoch und nochmals Hoch!